



## Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Sebastian Körber, Dr. Helmut Kaltenhauser, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

### **Umsatzsteuersenkung im Schienenpersonenfernverkehr – Steuersystem nicht weiter verkomplizieren**

Der Landtag wolle beschließen:

Vor dem Hintergrund der geplanten Umsatzsteuersenkung im Schienenpersonenfernverkehr (SPFV) wird die Staatsregierung aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine Reform der Umsatzsteuer im Verkehrsbereich einzusetzen. Alle miteinander vergleichbaren Mobilitätsangebote sollen gemäß dem Prinzip der gleichmäßigen Besteuerung gleich besteuert werden. Langfristig ist eine Besteuerung wünschenswert, die alle umsatzsteuerpflichtigen Güter und Leistungen gleichbehandelt.

#### **Begründung:**

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hat Anfang Oktober 2019 einen Referentenentwurf zur Umsatzsteuersenkung im SPFV erstellt. Dieser sieht lediglich Erleichterungen für den Bahnverkehr vor und lässt dabei andere Mobilitätsangebote unbeachtet. Insbesondere in Anbetracht einer möglichen Rezession, aber auch in Hinblick auf die Weiterentwicklung der Mobilität, ist eine Debatte über eine Steuerentlastung im öffentlichen Verkehr dringend erforderlich. Das Umsatzsteuersystem muss einfacher und gerechter gestaltet werden. Willkürliche Änderungen an den Produkten und Dienstleistungen mit ermäßigtem Steuersatz sind abzulehnen. Für falsch erachten wir in diesem Zusammenhang daher auch eine unterschiedliche Besteuerung des Nah- und Fernverkehrs.